



Herrn Stadtrat Cetin Oraner

DIE LINKE
Rathaus

Datum: 16.05.2017

Den Migrationsbeirat demokratisieren – und nicht delegitimieren!
Wahlmanipulationen und Bedrohungen durch rassistische und nationalistische Gruppen dürfen nicht hingenommen werden

Antrag Nr. 14-20 / A 02850 von DIE LINKE
vom 07.02.2017, eingegangen am 07.02.2017

Sehr geehrter Herr Stadtrat Oraner

Sie haben beantragt:

„Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, die Geschäftsstelle des Migrationsbeirats so weit zu stärken, dass demokratische Abläufe gesichert werden.
Dem Migrationsbeirat wird vom Stadtrat empfohlen, eine neue Geschäftsordnung zu erarbeiten. Diese soll gewährleisten, dass rassistische, antisemitische, homophobe, nationalistische oder insgesamt volksverhetzende Inhalte keinen Platz haben dürfen.
Für die Umsetzung ist die Unterstützung durch einen erfahrenen Verwaltungsjuristen notwendig.“

Zur Begründung führen Sie aus:

„Bei den Wahlen zum Migrationsbeirat der Landeshauptstadt wurde vom Kreisverwaltungsreferat aufgedeckt, dass mindestens 350 Briefwahlunterlagen angefordert wurden, die an zwei Vereinsanschriften gehen sollten. Wegen des begründeten Verdachts, dass hier Manipulationsversuche vorliegen, seien diese „Stimmen aussortiert worden“. Die Vereinsanschriften sind eindeutig nationalistischen Gruppierungen zuzuordnen, die bei den Wahlen unter unterschiedlichen Listenbezeichnungen wieder auftauchten. Insbesondere handelt es sich dabei um die Liste „Neue Europäer“ und um die Liste „AY YILDIZ“. Ein Vertreter der Liste „Neue Europäer“ wurde gewählt, allerdings war er im Vorfeld durch einen provokativen Auftritt auf einer Pressekonferenz der demokratischen Listen aufgefallen.“

Über das – deutschsprachige - Nachrichtenportal „Turkish Press“ wurden nun in einer Textbotschaft sämtliche Mitglieder der Liste „Kurdistan“ mit Bild und Name veröffentlicht, gleichfalls wurden Stadtrat Oraner wie auch der neugewählte Yusuf Bingöl diffamiert. Der gesamte Kontext zeigt, dass mit dieser Botschaft die Genannten zur Zielscheibe erklärt werden sollen, wie dies bei den türkischen „Grauen Wölfen“ und den türkischen Geheimdiensten schon seit Jahren Praxis ist – bis hin zu Mordanschlägen. Schrecklichstes Beispiel ist die Ermordung von drei kurdischen Aktivistinnen in Paris im Jahre 2013.

Die Machenschaften aus diesem nationalistisch-rassistischen Umfeld dürfen im neugewählten Migrationsbeirat keinen Platz haben. Die Arbeit des Migrationsbeirats darf nicht durch nationalistische Gruppierungen diskreditiert werden.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt beantworte ich Ihren Antrag als Brief.

Zunächst möchte ich vorausschicken, dass der Migrationsbeirat am 22.01.2017 gewählt wurde und sich am 17.03.2017 in seiner ersten Vollversammlung neu konstituiert hat. In der Sitzung wurde eine neue Vorsitzende gewählt, Frau Dimitrina Lang, sowie deren Stellvertreterinnen, Frau Theodora Sismani und Frau Nesrin Gül, die zusammen den Vorstand bilden und dessen Arbeit bereits aufgenommen haben.

Zu Ihrem Anliegen, dass die Geschäftsstelle des Migrationsbeirats so weit gestärkt werden solle, dass demokratische Abläufe gesichert werden können, kann ich Ihnen Folgendes mitteilen: Bis August 2016 herrschte aufgrund von vakanten Stellen in der Geschäftsstelle des Migrationsbeirats eine angespannte personelle Situation vor. Es war jedoch zu jeder Zeit eine optimale Unterstützung des Gremiums durch die Verwaltung gewährleistet, indem Ressourcen aus anderen Bereichen zur Verfügung gestellt wurden. Im August 2016 konnte eine Stelle dauerhaft besetzt werden und seit Januar 2017 ist die Geschäftsstelle personell wieder voll besetzt. Die satzungs- und geschäftsordnungsgemäßen Abläufe waren und sind durch die Verwaltung jederzeit sichergestellt.

Der neue Migrationsbeirat überarbeitet derzeit in einem eigens eingerichteten Arbeitskreis seine neue Geschäftsordnung. Sobald der Vorschlag des Gremiums vorliegt, wird dieser von der Verwaltung aus inhaltlicher, organisatorischer und juristischer Sicht geprüft und das Ergebnis dem Gremium widergespiegelt. Danach wird die überarbeitete Geschäftsordnung in der Vollversammlung des Migrationsbeirats dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt.

Selbstverständlich achtet die Verwaltung darauf, dass keine problematischen Inhalte in der Geschäftsordnung enthalten sind und wird das Gremium bei der Bearbeitung intensiv beraten und unterstützen. Erfahrene Verwaltungsjuristen sind standardmäßig in diesen Prozess eingebunden.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: (089) 233 - 92530
Telefax: (089) 233 - 25241